



Krippenprivileg gerät unter Druck

Finanzen Der Bund finanziert seinen Angestellten die Kinderkrippe – bis zu einem Haushaltseinkommen von 240 000 Franken. Bürgerliche Politiker finden dies überrissen, SP-Nationalrätin Barbara Gysi gerechtfertigt.

Kari Kälin

Die Spardebatte läuft auf Hochtouren. Mitten in der heissen Phase der parlamentarischen Beratung gibt ein Passus in der Personalverordnung zu reden: Der Bund vergütet die Kosten für die externe Kinderbetreuung seiner Angestellten bis zu einem Haushaltseinkommen von 240 000 Franken. Die Tarife sind abgestuft. Bis zu einem Einkommen von 55 000 Franken übernimmt der Bund sämtliche Kosten. Bei 240 000 Franken berappt er immer noch die Hälfte. Jährlich kostet diese Regelung den Steuerzahler 6 Millionen Franken.

Dass in der Bundesverwaltung auch Topverdiener von Krippensubventionen profitieren, ärgert bürgerliche Finanzpolitiker. «Das ist nicht gerechtfertigt», sagt der Schwyzer CVP-Nationalrat Alois Gmür. «Es ist unglaublich, wie grosszügig sich hier der Bund gibt», sagt der Luzerner FDP-Nationalrat Albert Vitali.

Der Bundesrat will nächstes Jahr 5,571 Milliarden Franken für das Personal ausgeben. Der Nationalrat will die Ausgaben bei diesem Budgetposten um 50 Millionen Franken kürzen. «Angesichts solch grosszügiger Zusatz-

leistungen wie bei den Krippen ist das mehr als gerechtfertigt», sagt der Zuger SVP-Nationalrat Thomas Aeschi. Die Finanzpolitiker verweisen auch auf den hohen Durchschnittslohn in der Bundesverwaltung: Er beträgt gut 120 000 Franken, mehr als in der Finanzbranche. Der Nidwaldner SVP-Nationalrat Peter Keller formuliert es so: «Zwischen dem Bundespersonal und den Angestellten in der Privatwirtschaft öffnet sich ein immer stärkerer Graben. Jene, die nicht dem Wettbewerb ausgesetzt sind, geniessen zahlreiche Privilegien.»

«Das Bundespersonal ist längst entschlackt»

Die St. Galler SP-Nationalrätin Barbara Gysi ist Präsidentin des Personalverbandes des Bundes. Sie verteidigt den Beitrag an die Krippenkosten. «Er ist grundsätzlich gerechtfertigt. Der Bund muss bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie eine Vorreiterrolle einnehmen», sagt sie. Mit dieser Regelung sei es auch gelungen, die Anzahl Frauen in höheren Kaderpositionen zu steigern. Gysi gibt zudem zu bedenken, dass Bundesangestellte mit einem hohen Haushaltseinkommen auch höhere Ausgaben für die Fremdbetreuung zu tragen hätten und in

eine höhere Steuerprogression fallen. Sparen beim Personal hält sie generell für verfehlt. «Das Bundespersonal ist schon längst entschlackt. Da ist kein Fett mehr dran, da droht jetzt wirklich die Magersucht», sagte sie während der Budgetdebatte. Das Personal erfülle zudem komplexe Aufgaben; dies erkläre das Lohnniveau.

Zurück zu den Krippen. Auch Kantone greifen ihren Angestellten unter die Arme, aber in weit geringerem Ausmass. Der Kanton Luzern zum Beispiel übernimmt maximal 62 Franken pro Betreuungstag. Die Unterstützung hängt vom Lohn ab und endet bei einem Haushaltseinkommen von 180 000 Franken pro Jahr. Bis zu einem Einkommen von 60 000 Franken berappt der Kanton Zug die Hälfte der Kosten. Danach sinkt der Beitrag laufend, ab 120 000 Franken zahlen die Eltern den vollen Tarif.

Und grosse Player in der Privatwirtschaft? Die UBS und Novartis zum Beispiel übernehmen keine Krippenkosten, engagieren sich aber anderweitig stark für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Roche unterstützt die Eltern finanziell für die Fremdbetreuung. Die Höhe des Beitrags hängt vom Einkommen ab.



Sind wichtig für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie: Kinderkrippen.
Bild: Gaetan Bally/Keystone

Ständerat heisst Budget gut

Bern Der Ständerat spielt dem Nationalrat nach dessen Budgetsalto von vergangener Woche erneut den Ball zu. Die Kleine Kammer hat den Voranschlag 2017 mit integriertem Finanzplan 2018–2020 ohne grosse Diskussionen gutgeheissen.

Der Ständerat will für das nächste Jahr bei Einnahmen von 68,418 Milliarden Franken Ausgaben von 68,774 Milliarden Franken budgetieren. Damit würde ein Defizit von 355 Millionen Franken resultieren, womit das

mit dem Konjunkturfaktor berechnete strukturelle Defizit nicht schuldenbremsenkonform wäre – der Saldo liegt um gut 13 Millionen Franken im Minus. Trotzdem gab das Nichteinhalten der Schuldenbremse in der Kleinen Kammer zu weniger Diskussionen Anlass, als zu erwarten war. Die Ständeräte sind sich des Problems zwar bewusst – sie spielen den Ball aber dem Nationalrat zu. Finanzminister Ueli Maurer (SVP) bezeichnete den vom Ständerat verabschiedeten Bud-

getentwurf als «passable Vorlage für den Nationalrat». Er zeigte sich zuversichtlich, dass eine Lösung gefunden werde, die den Bestimmungen der Schuldenbremse entspreche.

Die Finanzkommission der Grossen Kammer berät die Vorlage bis heute Nachmittag erneut. Es scheint eher unwahrscheinlich, dass der Rat den Budgetentwurf am Mittwochmorgen zum zweiten Mal verwirft. Tut er es doch, muss der Bundesrat ein provisorisches Budget ausarbeiten. (sda)